

## SPD bloß nicht erschrecken

### Misserfolg mit Ansage: Zum Wahlkampf der Partei Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern. Gastkommentar

Von Marianne Linke



Herziger Wahlkampfauftakt mit wenig Biss: Linke-Plakat im September 2015 in Rostock  
Foto: Stefan Sauer/dpa-Bildfunk

Marianne Linke ist Mitglied der Partei Die Linke, war zuletzt deren Kreisvorsitzende in Stralsund und von 2002 bis 2006 Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommerns im »rot-roten« Kabinett.

Mit dem Ergebnis von 13,2 Prozent der Stimmen für Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern wurde das Ziel der Wort führenden Landesfunktionäre erreicht. Der Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzende im Landtag, Helmut Holter, und der Geschäftsführer der Fraktion, einst Landesvorsitzender der Partei, später Landessprecher des »Forums Demokratischer Sozialismus« (FDS), Peter Ritter, bekundeten am Wahlabend jedenfalls unisono: »Wir wollen mit der SPD sozialdemokratische Regierungsarbeit leisten.«

Der Wahlkampf war demgemäß organisiert und geführt worden: Die SPD sollte nicht erschreckt, nicht aufgeschreckt und schon gar nicht abgeschreckt werden. Die Linke-Wahlstrategen betrachteten die Wählerinnen und Wähler zwar nicht als komplett störend, aber auch nicht als sonderlich willkommen. Sie nahmen sie hin und nicht ernst. Das ließe sich Politzirkus nennen, wäre die Situation vor dem Hintergrund der völkisch-nationalen Stimmung im Land nicht verdammt ernst.

»Aus Liebe zu M-V«, hieß die zentrale Losung des Linke-Wahlkampfes. Wer »Aus Liebe ...« googelt, landet schnell beim Slogan der NPD: »Aus Liebe zu Deutschland!« Kann das eine linke Partei wollen? Klare politische Botschaften – Fehlannonce. Die Akteure fürchteten wie der Teufel das Weihwasser die Begegnung mit jenen, die einst mit viel Hoffnung Die Linke gewählt hatten. Die Slogans der Partei lauteten damals: »Hartz IV muss weg«, »Hartz IV ist Armut per Gesetz«, »Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr«, »Militärausgaben stoppen«. Nichts davon gab es im Wahlkampf 2016, obwohl eine Partei in der Landesregierung sehr wohl derartige Forderungen über den Bundesrat geltend machen könnte.

Statt dessen wurde im Wahlkampf eine groß aufgemachte Ostsee-Bädertour mit allerlei Brimborium und Politprominenz an den Stränden des Landes gestartet, in Gegenden, wo sich die arbeitende oder erwerbslose Bevölkerung des Landes nicht gerade tummelt. Dort aber, wo sich viele Antifaschisten engagierten, zum Beispiel bei »Jamel rockt den Förster« oder zuvor beim 90. Geburtstag von Hermann Kant – nichts. Ähnliches gilt für die DDR-Neubaugebiete. Datzeberg (Neubrandenburg), Dreesch (Schwerin), Knieper und Grünhufe (Stralsund) – einst Hochburgen der Linkspartei, in denen Direktmandate errungen werden konnten – spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Kein Wunder daher, dass Die Linke am 4. September mit 13,2 Prozent nur noch rund 54 Prozent ihres Stimmenanteils von 1998 erreichte. In absoluten Zahlen hat sie sogar nur noch 40 Prozent der Wählerschaft von 1998 erreicht. In Helmut Holters Wahlbezirk waren es 26 Prozent, was den Abwärtsspitzenplatz bedeutet, Peter Ritter überzeugte noch 37,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler von 1998.



Vor diesem Hintergrund ist die Wahlanalyse des Landesvorstandes der Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern erhellend. Sie liefert eine plausible Erklärung für das klägliche Ergebnis. Heißt es hier doch: »Das Leben ist ungerecht, Wahlergebnisse sowieso. (...) Nach den innerparteilichen Querelen wurde die Baustelle »Stralsund« geräuschlos abgeräumt. Die Reihen der Linken waren zum Wahlkampf fest geschlossen.« Eine ganze Seite Selbstlob, keinerlei Selbstkritik, dafür viel Schuldzuweisung an andere.

Die »Baustelle »Stralsund« wurde übrigens nicht geräuschlos abgeräumt. Der dort entstandene Krater entfaltet eine Sogwirkung nach unten. Eine beträchtliche Zahl unserer politisch klugen, ideenreichen, engagierten Genossinnen und Genossen haben die Partei beim »Abräumen« verlassen. Übrig blieb in der politischen Landschaft ein Loch, das von der »Alternative für Deutschland« (AfD) gefüllt wird.

»Stralsund« ist insofern tatsächlich ein Synonym für alle – ob Jugendverband Solid, Landesarbeitsgemeinschaft Soziales oder Kreisverband Die Linke -, die sich an der Programmatik der Partei orientieren.

Heidrun Bluhm, Dietmar Bartsch, Helmut Holter und ihr politischer Nachwuchs haben dagegen offenbar vor allem »die Reihen fest geschlossen«. Die Textzeile spricht für sich.

Sie unternahmen erst gar nicht den Versuch, eine Wahlstrategie aus der Lebenswirklichkeit der hier lebenden Menschen heraus zu entwickeln. Statt dessen wurde rasch vor jeder eventuell einsetzenden Programmdebatte eine Landesliste verabschiedet, die einem einzigen Anspruch gerecht zu werden hatte: »ja zur Regierungsbeteiligung«.

Für die Landespartei wird es insofern unerheblich sein, ob deren Vertreter in der Regierung sind oder nicht. Das Wahlergebnis ist ein Appell an alle Mitglieder, die von Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Helmut Holter und den gewählten Mitgliedern des Landtages angestrebte Geschlossenheit aufzubrechen.